



**KREISVERWALTUNG
BAD KREUZNACH
KREISRECHTSAUSSCHUSS**

SALINENSTRASSE 47
55543 BAD KREUZNACH
TELEFON 0671/803-0

Bad Kreuznach, 20.09.2007
Az. 057-W 303/2006

BESCHLUSS

in der Widerspruchssache

der Ehel. Friedrich H. Steeg u. Jaqueline Vogel, Kreuznacher Str. 22, 55546 Volxheim

- Widerspruchsführer -

g e g e n

die Verbandsgemeinde Bad Kreuznach, vertreten durch den Bürgermeister,
Rheingrafenstr. 2, 55543 Bad Kreuznach

- Widerspruchsgegnerin -

**w e g e n Aufstellung von Starenabwehrgeräten
Verfügung vom 04.09.2006
hier: Kostenentscheidung**

Internet: www.kreis-badkreuznach.de

zentrale E-Mail: post@kreis-badkreuznach.de

Öffnungszeiten Bürgerbüro

Montag bis Donnerstag: 07.00-17.00 Uhr, Freitag 07.00-14.00 Uhr

Besuchszeiten:

Montag - Freitag: 8.30 - 12.00 Uhr, nachm. nach Vereinbarung

Parkmöglichkeiten: Tiefgarage und Parkhaus Badeallee

Busverbindungen:

Linie 201 / 222 und ORN 251 / 253 / 908 (ab Bahnhof Richtung Bad Münster a.St.-Ebg.) Haltestelle Badeallee/Kreisverwaltung

Bankverbindungen:

Sparkasse Rhein-Nahe · BLZ 560 501 80 · Konto-Nr. 26

Postbank Köln · BLZ 370 100 50 · Konto-Nr. 2271-507

hat der Kreisrechtsausschuss durch den Vorsitzenden, Herrn Ass. jur. Utech, am 20.09.2007 in der Kreisverwaltung Bad Kreuznach im schriftlichen Verfahren nach § 16 Abs. 5 Satz 2 AGVwGO entschieden:

Die Kosten des erledigten Verfahrens trägt die Widerspruchsgegnerin.

G r ü n d e :

Der durch Widerspruch angegriffene Ausgangsbescheid der Widerspruchsgegnerin vom 04.09.2006 ist durch Verwaltungsakt der Widerspruchsgegnerin vom 14.08.2007 widerrufen worden. Der Widerspruch ist somit rechtlich erledigt.

Nach § 19 Abs. 1 Satz 5 AGVwGO sind die Kosten des erledigten Widerspruchsverfahrens der Widerspruchsgegnerin aufzuerlegen, da diese durch Aufhebung des angegriffenen Verwaltungsaktes den Widerspruch gegenstandslos gemacht hat. Aus dem eindeutigen Wortlaut der Verfügung lässt sich entnehmen, dass es sich nicht um eine Änderung oder Teilabhilfe des ursprünglichen Verwaltungsaktes handelt, sondern um einen Widerruf desselben.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage bei dem Verwaltungsgericht in 56068 Koblenz, Deinhardplatz 4, E-Mail-Adresse gbk.vgko@vgko.jm.rlp.de, schriftlich, zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle oder in elektronischer Form erhoben werden. Die elektronische Form wird durch eine qualifiziert signierte Datei gewahrt, die den Maßgaben der Landesverordnung über den elektronischen Rechtsverkehr in der Verwaltungsgerichtsbarkeit vom 22. Dezember 2003 (GVBl. 2004, S. 36) i.d.F. der Landesverordnung vom 7. Dezember 2004 (GVBl. 2004, S. 542) entspricht und als Anhang einer elektronischen Nachricht (E-Mail) zu übermitteln ist.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Der Klage nebst Anlagen sollen so viele Abschriften beigefügt werden, dass alle Beteiligten eine Ausfertigung erhalten können.

Bei schriftlicher Klageerhebung ist die Klagefrist nur dann gewahrt, wenn die Klageschrift noch vor dem Ablauf dieser Frist bei Gericht eingegangen ist.

Der Vorsitzende



(Utech)